

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1930

3.1.1930 (No. 3)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karl-Friedrich-
Straße Nr. 14
Herausgeber:
Nr. 563
und 564
Postfachamt
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatanzeiger:
Chefredakteur
E. Amend,
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM, einchl. Zustelgebühren. — Einzelnummer 10 Pf.; Samstag 15 Pf. — Anzeigengebühren: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifmäßiger Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Anstößige Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden u. werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Beitreibung und Konkursverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verantwortlichkeit zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsverzeichnis für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Der Reichshaushaltsplan Rückung der Ausgaben

Das Reichskabinett hat am Donnerstag nach einem Vortrag des neuen Reichsfinanzministers Dr. Molkenhauer den Haushaltsplan für das laufende Rechnungsjahr und den Haushaltsplan für 1930/31 beraten. Die Beratungen haben ein ernstes Bild der Finanzlage ergeben.

Nach der Forderung Schachts, daß ein Tilgungsfonds in Höhe von 450 Millionen Reichsmark zur Sicherung der Altlasten geschaffen werden soll, werden sich Umgestaltungen der ursprünglichen Haushaltsentwürfe nicht vermeiden lassen. Die Erträge der erhöhten Tabaksteuer sollen zwar nach den früher vorgenommenen Berechnungen Mehreinnahmen von etwa 220 Millionen Reichsmark bringen. Aber auch wenn diese Berechnungen zutreffen, werden mehr als 200 Millionen Reichsmark auf anderem Wege beschafft werden müssen. Infolgedessen dürfte es erforderlich sein, erhebliche Ausgabenrückstellungen an dem Haushaltsplan für 1930/31 vorzunehmen.

Bei der Beratung des Haushaltsplanes für das laufende Geschäftsjahr hatten die Parteien ebenfalls Streichungen in Höhe von 180 Millionen Reichsmark vorgenommen. Später aber hat sich ergeben, daß diese Streichungen nicht aufrechtzuerhalten werden konnten. Infolgedessen dürfte es diesmal notwendig sein, die Kürzung der Ausgaben nicht den Parteien zu überlassen, sondern sie schon im Kabinett vorzunehmen. Die angestrebten Berechnungen auf der Einnahmen- und Ausgaben-seite hängen aber natürlich sehr eng mit dem Ergebnis der weiteren Haager Konferenz zusammen, so daß also einwärtigen zur grundsätzlichen Plan für die Haushaltsaufstellung im Jahre 1930/31 erledigt werden kann.

An die Beratungen des Reichskabinetts hat sich am Donnerstagmorgen noch eine Besprechung der Reparationsminister angeschlossen, die also eine Art Generalprobe für das Auftreten der deutschen Delegation im Haag darstellte, die dann dort am Donnerstagabend abtrat.

Der Dank des Reichspräsidenten

Dem Reichspräsidenten sind anlässlich des Jahreswechsels wiederum zahlreiche telegraphische und briefliche Glückwünsche aus dem In- und Auslande zugegangen. Da die Einzelbenennung ihm nicht möglich ist, bittet der Herr Reichspräsident alle, die seiner freudlich gedacht haben, seinen herzlichsten Dank und die Erwidmung der Glückwünsche auf diesem Wege entgegenzunehmen.

Anlässlich des Jahreswechsels hat zwischen dem Reichspräsidenten und einer Anzahl von Staatsoberhäuptern ein Glückwunschaustausch stattgefunden, so mit den Königen von Bulgarien, von Dänemark, Norwegen und Schweden, mit dem Vertreter des Königreichs Ungarn, dem Schah von Persien und dem Präsidenten der chinesischen Republik.

Zu der Erörterung eines Berliner Blattes, weshalb bei dem Neujahrsempfang nicht der Reichsminister präsentiert wurde, wird von unterrichteter Stelle mitgeteilt, daß in Deutschland nach der Garnisondienstvorschrift vom 24. April 1925 nur vor dem Reichspräsidenten präsentiert wird. Vor den Vorgesetzten der auswärtigen Mächte wird nach dieser Vorschrift ebenfalls präsentiert, was den durch die Volkshäuser vertretenen Staatsoberhäuptern gilt. Eine Änderung dieser Vorschrift ist nicht geplant.

General Weingand Chef des französischen Generalkabs Ein Gegner der Ausöhnungspolitik

General Weingand ist zum Chef des französischen Generalkabs ernannt worden und ersetzt den General Debeney, der sich in den Anfechtungen zurückziehen will. General Weingand war Stabschef des Marschalls Foch. 1920 wurde er zur Reibung der polnischen Armee nach Warschau entsandt und hat durch sein Eingreifen die Lage auf dem polnischen Kriegsschauplatz, die durch das rasche Vordringen der russischen Kavallerie verwickelt war, sehr schnell zugunsten Polens geändert. Bald darauf wurde er zum Oberkommandeur der französischen Regierung in Syrien ernannt und übernahm gleichzeitig das Oberkommando über die französische Levant-Armee.

Die Befegung des entscheidenden Postens in der französischen Armee durch Weingand bedeutet einen Sieg der Schule Foch. Weingand hat zahlreiche Gegner, nicht nur in militärischen, sondern auch in politischen Kreisen. Die Pariser „Tribune“ schreibt: Diese Ernennung war unter den gegenwärtigen militärischen Bedingungen nicht geboten, noch viel weniger, wenn man Wert darauf legt, den wesentlichen Grundgedanken der nationalen und demokratischen Ordnung zu respektieren: Keine Politik im Meer! Weingand hat aber seit sieben Monaten politische Stellung genommen, besonders hat er den Vorstoß auf den Tagungen der Frontkämpfervereinigungen geführt. Er ist als erklärter Gegner der seit 1924 in Frankreich betriebenen Ausöhnungspolitik bekannt. Wir fürchten, daß eine so unvorhergesehene Wahl auf Erhebungen politischer Art zurückzuführen ist. Es ist unbestreitbar, daß eine derartige Ernennung nicht denjenigen Vertrauen einflößen kann, die der Ansicht sind, daß nicht auf der einen Seite die Republik und auf der anderen Seite das Heer steht, sondern daß das Heer der Republik zum Schutz des nationalen Bodens und der Verfassung da ist. Das Ereignis beweist auf jeden Fall, wie ernst für eine Demokratie die Tatsache ist, daß ihre Beauftragten die Staatsregel nicht mehr fest in Händen halten.

Letzte Nachrichten

Eröffnung im Haag

Vorerst Kommissionsberatungen

M. Berlin, 3. Jan. (Priv.-Tel.) Heute nachmittags 2 Uhr, findet im Haag eine Sitzung der eingeladenen Mächte statt, in der man sich über das Arbeitsprogramm der nächsten Tage einigen will. Um 5 Uhr folgt dann die offizielle Eröffnung der Konferenz, in der voraussichtlich der Vorsitzende, Taspar, allein das Wort ergreifen wird.

Wahrscheinlich wird in der Sitzung um 2 Uhr bereits die Einsetzung von zwei Kommissionen beschlossen werden. An der einen wird Deutschland beteiligt sein, an der anderen nicht, weil dort Fragen erörtert werden sollen, die für Deutschland geringes Interesse haben. Zum Beispiel die Reparationen der Oststaaten, also in erster Linie Bulgariens und Ungarns.

Wahrscheinlich wird in den nächsten Tagen keine öffentliche oder große Konferenz mehr stattfinden, sondern die Gesamtarbeit in die Kommissionen verlegt werden.

Reichsparteivorstand des Zentrums

M. Berlin, 3. Jan. (Tel.) Der Reichsparteivorstand der deutschen Zentrumspartei ist vom Parteivorstand, Prälat Dr. Raas, zum 26. Januar nach Berlin einberufen worden. Es handelt sich neben einer Besprechung der allgemeinen politischen Lage vor allem um organisatorische Fragen. Der Reichsparteivorstand soll Anfang Februar zusammentreten.

Die teuren Berliner Verkehrsmittel

M. Berlin, 3. Jan. (Tel.) Der Polizeipräsident demontiert energisch ein in die Presse gelangtes Gerücht, wonach als Sperrmaßnahme den im Außendienst beschäftigten Polizeibeamten die Hälfte der ihnen zur Verfügung stehenden Fahrkarten entzogen worden sei. Wichtig sei lediglich, daß infolge der von der städtischen Verkehrsbehörde vorgenommenen Tarifierung bei sämtlichen Berliner Verkehrsmitteln Schwierigkeiten entstanden, die erforderlichen Mittel für die Karten sofort bereitzustellen. Die notwendigen Maßnahmen sind inzwischen getroffen worden.

Zusammenkunft Briand-Mussolini

M. Paris, 3. Jan. (Tel.) Nach einer Agenturmeldung aus Rom erklärt man in dortigen autorisierten Kreisen, daß Briand und Mussolini vor Ende des nächsten Monats eine Unterredung, und zwar in einer Stadt Liguriens, vielleicht in Rapallo, haben würden.

Erfolg Herrlots im Yvoner Gemeinderat

M. Paris, 3. Jan. (Tel.) Der Konflikt zwischen dem Bürgermeister von Yvon, Herrlot, und der sozialistischen Opposition im Gemeinderat scheint beigelegt worden zu sein. Herrlot hat, wie aus Yvon berichtet wird, in der gestrigen Sitzung über seinen Antrittswort, der zu einer scharfen Kritik bei den sozialistischen Gemeinderatsmitgliedern geführt hatte, eine Erklärung abgegeben und hierauf einstimmige Zustimmung erhalten.

Neue englisch-russische Verkinnung

„Evening News“ behauptet, daß „eine diplomatische Krisis ersten Ranges“ drohe, weil das von russischen Volkshäusern in London gegebene Versprechen, daß in England keine revolutionäre Propaganda gemacht werden würde, gebrochen worden sei. Das Blatt meint damit die von der neuen kommunistischen Londoner Tageszeitung „Daily Worker“ veröffentlichte Erklärung des Hauptquartiers der kommunistischen Internationale in Moskau, in der der britischen Arbeiterregierung „Antijonjet-Intrigen, koloniale Brutalitäten und Vorgehensweisen für einen imperialistischen Krieg“ vorgeworfen werden.

„Evening News“ behauptet weiter, Premierminister MacDonald ziehe persönliche Erfindungen wegen dieses neuen Ausbruchs kommunistischer Propaganda ein. In den nächsten Tagen würden Konferenzen darüber stattfinden, ob eine Aktion unternommen werden soll. Die Sowjetvolksliste teilte einem Vertreter der „Evening News“ mit, sie könne augenblicklich keine Erklärung abgeben.

Der ehemalige Kronprinz Rupprecht von Bayern hatte als Onkel der Braut des italienischen Kronprinzen zur Vermählung eine Einladung nach Rom erhalten. Angesichts der seit Kriegsbeginn unterbrochenen Beziehungen zu seinem Schwager, dem belgischen König, hatte er die Einladung zuerst abgelehnt. Unter gewissen Voraussetzungen und Zusicherungen seitens des Quirinals erfolgte, wie die „Deutsche Allg. Ztg.“ aus München meldet, inzwischen seine Zusage. Der ehemalige Kronprinz wird mit seiner Gemahlin an der Trauung im Quirinal teilnehmen. Zur Hochzeit ist eine Amnestie erlassen worden, die auf ungefähr 400 000 Personen Anwendung findet. Die Einwohnerzahl der Vereinigten Staaten. In den letzten zehn Jahren ist die Einwohnerzahl der Vereinigten Staaten um rund 43 Millionen Personen gestiegen. Sie betrug am 1. Juli 1928 insgesamt 119,2 Millionen Köpfe.

Wirtschaftliche Umschau

Die große nationale Aufgabe — Die Vertrauenskrise Um Lastenverteilung und Rentabilität

Die Stimmung, in der die deutsche Wirtschaft in das neue Jahr schreitet, ist ernst. Auf der einen Seite müssen wir weiter mit dem ungeheuren Druck der Reparationslasten rechnen, auf der anderen Seite drückt uns nicht minder die Erkenntnis, daß die Finanzgebarung des Reichs sich als so unzureichend erwiesen hat, daß es gegen Jahresfrist noch zu einer schweren politischen Krise kam. Die grundlegende Reform der Reichsfinanzen ist die große, die nationale Aufgabe geworden.

Ihre unbedingte Notwendigkeit ergibt sich materiell nicht nur aus der sehr schlechten Finanzlage des Reichs, das mit dauernd aufgenommenen Krediten künftige Steuereinnahmen vorwegnehmen mußte und sich schließlich dadurch in die Zwangslage verwickelt sah, die angeforderten Steuererleichterungen zu verlagern, sondern auch aus dem ideellen Bedürfnis, wieder das Vertrauen herzustellen, das im Inland und Ausland schwer gelitten hat. Das Mißtrauen, das der mit Steuern schwer belastete deutsche Staatsbürger in die Finanzgebarung des Reichs bekommen mußte, lähmt die Unternehmungslust und den Willen zum Wiederaufbau, das Mißtrauen des Auslandes aber die lebensnotwendige Kapitalversorgung von außen her, die im vergangenen Jahr im Vergleich zu den Vorjahren sehr zurückgegangen ist und dem Bedarf nicht genügt.

Wie sehr außerdem noch überhaupt in moralischer Hinsicht eine gründliche Reinigung unseres öffentlichen und Wirtschaftslebens notwendig ist, welche die Vorbedingung für erspriehliche und erfolgreiche materielle Wiederaufbauarbeit darstellt, zeigt uns ein Rückblick auf die sich besonders in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres immer mehr häufenden Zusammenbrüche und Korruptionsaffären, von denen die umfangreichsten die Fälle der Frankfurter Versicherungs-AG. und der Skaref-Standal sind. Eine Statistik weiß für August bis November nicht weniger als 23 Zusammenbrüche und Korruptionsaffären auf. Natürlich ist das persönliche Maß der Schuld je nach der Lagerung des einzelnen Falles verschieden groß. Neben offensichtlich betrügerischen Machenschaften laufen Unfähigkeit, Fahrlässigkeit, Großspurigkeit.

Aus der Vertrauenskrise müssen wir heraus und können es nur dadurch, daß die absolute Ehrlichkeit im großen und kleinen bei Taten und Ankündigungen zum Leitstern wird. Der schwerste Fehler wurde bei der Aufstellung des Reichshaushaltsplans für dieses Etatjahr gemacht. Weil man zu keiner politischen Einigung über die notwendige Einschränkung der Ausgaben und die Heraushebung der Einnahmen gelangen konnte, hat man einen nur auf dem Papier ausgeglichenen Etat fertiggestellt, trotzdem damals schon eine wachsende schwebende Schuld vorhanden war. Da außerdem noch die Not des vorigen Winters die Ausgaben erhöhte und die Lage des Geld- und Kapitalmarktes immer ungünstiger wurde, rächte es sich schwer, daß man sich obenhin politisch einigte, es aber an einer gründlichen und ehrlichen tatsächlichen Vereinigung der Finanzen fehlen ließ.

Der Effekt, der von Seiten einer Regierungspartei, der Bayerischen Volkspartei, festgestellt wurde, war der, daß die Senkung der direkten Steuern versprochen, die Erhöhung der indirekten Steuern aber durchgeführt wurde (zunächst bei der Tabaksteuer und den Arbeitslosenbeiträgen). Der Youngplan bringt uns zunächst eine Erleichterung um 400 Mill. jährlich, und hätten wir gesunde Finanzen, dann wären die versprochenen Erleichterungen möglich. Aber es darf nicht vergessen werden, daß die Erleichterung gegenüber dem Dawesplan nach 5 Jahren nur mehr 100 Mill. beträgt. Nur gründliche Reformen und ein umfassender Umbau des gesamten Steuerwesens können Erleichterungen, d. h. eine gerechtere Verteilung der Lasten bringen. Man kann dann auch die Steuergruppen schonen, die für die nun allgemein als notwendig anerkannte schnellere Kapitalbildung in Betracht kommen. Ob es aber richtig war, die Erhöhung der Grenze der vollkommenen Einkommensteuerfreiheit anzukündigen, die in dem vorgeschlagenen Umfang eine Einnahmeverminderung von 700 bis 800 Mill. bringen würde, steht dahin. Erhöhte Verbrauchsteuern, die zum Etat herangezogen werden müßten, belasten schließlich in glei-

cher oder noch empfindlicherer Weise die kleinen Einkommen und das Erübrigen von Sparkapital aus ihnen, d. h. die gleichfalls sehr notwendige und wünschenswerte Kapitalbildung im Kleinen, wird dadurch auf nicht geringere Hindernisse stoßen.

Auch im Kleinen und Kleinsten sind wie gesagt überall Gründlichkeit und Ehrlichkeit notwendig. Wir erleben oft ganz unvereinbare Dinge. Da klagen Städte über ihre schwere Wirtschaftslage und veröffentlichen gleichzeitig großsprechende Prospekte, deren Werbetext nicht immer im richtigen Verhältnis zu ihren Kosten stehen dürfte. So finden wir in einer von einer badischen Großstadt herausgegebenen Zeitschrift graphische Darstellungen über die Entwicklung der städtischen Werke, die direkt falsch sind und z. B. statt eines viermal so großen Gasometers (entsprechend der tatsächlichen Steigerung des Gasverbrauchs seit 1903) gleich einen sechzehnmal so großen bringen usw.

Die Vertrauenskrise drückte sich besonders in den Zinssolvenz in Bankgewerbe und Industrie und in der Stimmung auf den Börsen aus. Wenn auch die letzten Tage noch eine Erholung brachten, werden doch die Kursverluste des abgelaufenen Jahres auf mehr als 4 1/2 Milliarden oder fast ein Viertel des ursprünglichen Wertes festgestellt. Die Rückwirkungen der Verluste der Aktionäre, die meist dem Mißverhältnis zwischen Kurs und Rentabilität entzogen, muß die Gesamtheit spüren. Die Krise des Vertrauens wurde eben mitbedingt durch die Ungunst der Verhältnisse, und die Berliner Handelskammer nennt das Jahr 1929 das schlimmste Jahr seit dem Stabilisierungsjahr 1924. Der deutsche Export ist zwar gestiegen, aber im Auslandsabsatz wie im Inlandsabsatz sind die Gewinne gering. War es hier die schwere Belastung der deutschen Wirtschaft, welche die Gewinn- und demgemäß die Kapitalbildung hintanhalt, so litt der Export darunter, daß sogar vielfach mit Verlusten ans Ausland geliefert werden mußte, um die Anlagen und Arbeitskräfte einigermaßen zu beschäftigen und Betriebskapital hereinzuholen. Gewiß, der Wert des deutschen Exports betrug 1929 13 1/2 Milliarden (in einigen Monaten übertrafen wir England), und zwar sogar zu nahezu drei Viertel Fertigwarenexport, aber er erfolgte als Notexport unter dem Druck der innerdeutschen Absatzschwierigkeiten. Dabei sind die Aussichten gering, daß in absehbarer Zeit ein wirksamer Abbau der Fülle eintritt, im Gegenteil, Amerika beabsichtigt Herausforderungen teilweise um 20 bis 30 Proz.

Ein sichtbarer äußerer Ausdruck der schwierigen Lage der deutschen Wirtschaft ist die Zunahme der Arbeitslosigkeit, die rückwirkend auf die Reichsfinanzen den Lastenabbau verhindert. Mit rund 1,7 Millionen Erwerbslosen treten wir ins neue Jahr, und nicht nur ihre persönliche Not, sondern der wirtschaftliche Druck auf das Gesamtvolk, macht das Arbeitslosenproblem zu einem so schweren. Unsere Wirtschaft muß deshalb zunächst versuchen, einen Überschuss aus ihrer Arbeit herauszubringen und kann erst dann, wenn dies der Fall sein wird, den in ihr Tätigen ein besseres Einkommen gewährleisten. Der Kampf um die Herstellung der Rentabilität muß vorerst vor den Kampf um das Sozialprodukt gestellt werden. Wirtschaftlich mögliche, vor allem nach Leistung und Wert der Arbeit bemessene Löhne, eine Reform unseres vielfach zu schematischen Tarifwesens, sind sicher wirksame Mittel gegen die Arbeitslosigkeit, gerade in dieser Periode der wirtschaftlichen Störungen und Schwierigkeiten. Volkswirtschaftlich betrachtet ist sicher eine durchschnittlich geringere Entlohnung besser als ein Ausfall von Lohn und Arbeit für viele und deren Unterstützung durch die übrigen im Wirtschaftsleben Verbliebenen. Die Konzentrationen in der Industrie sind aber unter ähnlichem Aspekt zu betrachten. Fusionen bedingen immer Entlassungen und

Freistellungen von Arbeitskräften, und es ist sehr zu untersuchen, ob ihre geschäftlichen Vorteile die damit verbundenen sozialen Härten und Neubelastungen rechtfertigen.

Die verschiedenen, bisher zum Jahresabschluss und Jahreswechsel veröffentlichten Berichte von Handelskammern und Industrievereinigungen, sind trotz allem nicht pessimistisch in ihren Ausblicken auf das neue Jahr. Sie stimmen aber alle darin überein, daß sie grundlegende Reformen für die deutsche Finanz-, Steuer- und Wirtschaftspolitik fordern, und diese als Vorbedingung für einen allmählichen Wiederaufstieg. Daß auch das Ausland auf Deutschland vertraut, geht daraus hervor, daß es weiter sich um Beteiligungen und Niederlassungen umsieht, daß auf diesem Weg vornehmlich Auslandskapital hereinfließt und weiteres dazu im Begriff ist. Das Ausland glaubt also, wenn es Gelder investiert, in Deutschland verdienen zu können, und diese aus gewisser Distanz gemonnene Ansicht mag auch uns mitten in den verwirrenden Eindrücken Stehende optimistisch stimmen. Im übrigen bleibt der Wiederaufbau, wie eingangs schon betont, auch ein moralisches Problem, eine Frage der Ehrlichkeit von Willen und Tat, die sich nur bilden kann aus einer Betrachtung der Dinge heraus, wie sie sind. Sie nur kann zu wirklich sozialem Verständnis führen, das allein auf das Wohl der gesamten Volkswirtschaft zu schauen, hier also wieder national im besten Sinn des Wort zu denken und zu planen hat.

Austritte aus dem Reichsausschuß

Wie die „Landvolknachrichten“ mitteilen, haben die Präsidenten des Reichslandbundes, Minister a. D. Schiele, Hepp und Bette, an die geschäftsführenden Präsidenten des Reichsausschusses für das deutsche Volksbegehren, Eugenberger und Selde, einen Brief gerichtet, in dem zunächst erklärt wird, daß der Reichslandbund in dem Kampf gegen die Kriegsschuldfrage und gegen den Tributplan seine ganze Kraft für das Volksbegehren und den Volksentscheid eingesetzt habe, obwohl diese Haltung nicht ohne Gefahren für den inneren Bestand des Landbundes und für seine Zusammenarbeit mit anderen Parteien und Wirtschaftsgruppen gewesen sei. Im Gegenzug zu den Auffassungen, wie sie im Eugenberger-Lager vertreten wurden, betont der Brief, daß nach Auffassung des Reichslandbundes der Reichsausschuß eine für die besondere Aufgabe des Volksentscheides geschaffene Einrichtung gewesen sei, die nach Erledigung dieser Aufgabe aufgehört habe, zu bestehen. Schließlich wird in dem Brief noch hervorgehoben, der Reichslandbund vertrete die Auffassung, daß für den Kampf um die deutsche Zukunft eine breitere Front gebaut werden müsse. Der Reichslandbund sei bereit, die kommenden Aufgaben gemeinsam mit allen nationalen und christlichen Kräften des Volkes in Angriff zu nehmen.

Die gleiche Auffassung herrscht, wie die „Landvolknachrichten“ weiter erfahren, auch innerhalb der Christlichnationalen Bauern- und Landvolkpartei. Wie aus einer Meldung der „Rassauischen Bauernzeitung“ hervorgeht, sieht auch die Landvolkpartei die Tätigkeit ihrer beiden Vertreter im Reichsausschuß praktisch als beendet an.

Disziplinarverfahren gegen Staatsanwaltschaftsrat Wasmund. Staatsanwaltschaftsrat Dr. Willi Wasmund in Berlin, der die gesamten Ermittlungen in dem Verfahren gegen die Adhärenzangelegenheiten geleitet hat, ist der „Rost. Ztg.“ zufolge, von seinem Amte beurlaubt worden und wird in dem Prozeß, der am 6. Januar unter dem Vorsitz des Amtsgerichtsrats Wartenberg beginnt, die Anklage nicht vertreten. Staatsanwaltschaftsrat Wasmund gehörte zu dem engeren Kreise der „Klaren“ und wurde in dieser Angelegenheit mehrfach genannt. Da es sich um Verschuldigungen handelt, die der Klärung bedürfen, ist gegen Dr. Wasmund ein Disziplinarverfahren eingeleitet worden, bis zu dessen Abschluß der Beamte seinen Dienst nicht ausüben wird.

Prozeß gegen einen Geistlichen in Simferopol. In Simferopol begann der Prozeß gegen den katholischen Geistlichen Graf wegen „antisowjetischer Propaganda“ unter den deutschen Kolonisten. Im Verlaufe der Verhandlung wurde — nach einer Moskauer Meldung — festgestellt, daß Graf seine zwei unehelichen Kinder, Zwillinge, getötet hat. Der Angeklagte sei in allen Punkten geständig.

Freiwerdende Oberbürgermeisterstellen

Das Disziplinarverfahren gegen den Berliner Oberbürgermeister Dr. Wöhl ist noch nicht abgeschlossen. Bezüglich der Pensionrechte von Dr. Wöhl glaubt man an eine gütliche Auseinandersetzung. Auf neue meldet die „N. Bad. Landesztg.“, daß für die Nachfolgerschaft von den Sozialdemokraten die Kandidatur Dr. Geimerich (Mannheim) betrieben werde. Neuerdings sei auch die Möglichkeit einer Kandidatur des Duisburger Oberbürgermeisters Dr. Jarres aufgetaucht, die namentlich von deutschnationaler Seite betrieben werde.

Der Leipziger Oberbürgermeister Dr. Nothe überreichte am heutigen Freitag dem Stadtrat sein Abschiedsgesuch. Dr. Nothe, der 65 Jahre alt ist, wurde seinerzeit auf Lebenszeit gewählt. Sein Rücktritt geschieht freiwillig wegen seines hohen Alters. Als Nachfolger werden bereits einige Namen genannt, unter denen sich Koch-Weser, Dr. Kütz (Dresden) und Dr. Köhler vom Leipziger Messeramt befinden. Sicherem Vernehmen nach dürften die ersten beiden Kandidaturen nicht in Frage kommen. Dr. Köhler wird von der Wirtschaftspolitischen Fraktion präsentiert und gehört seit Jahren dem Leipziger Stadtverordnetenkollegium an. Als Kandidat wird auch der zweite Bürgermeister von Leipzig, Hofmann (früher S.P.D., jetzt parteilos) genannt, der gegenwärtig Deputierter für das Finanzwesen ist.

In einem Verleumdungsprozeß des Reichsanwalters a. D. Bauer gegen den verantwortlichen Redakteur der Berliner „Noten-Zeitung“, Schröder, wegen des Artikels „Barmats Freunde“ wurde der Angeklagte zu einer Gefängnisstrafe von einem Monat verurteilt. In der Urteilsbegründung betonte der Vorsitzende, daß die Beweisaufnahme nichts Ehrenrühriges gegen Reichsanwalt a. D. Bauer ergeben habe.

Strafbefehle wegen der Berliner Zusammenkünfte. Die wegen Verdachtes der Beteiligung an der Messerfabrik in Tempelhof und an der Schießerei in der Görlicher Straße festgenommenen Nationalsozialisten und Kommunisten wurden dem Vernehmungsrichter vorgeführt. Gegen fünf Personen erging wegen des Verdachtes des Landfriedensbruchs Strafbefehl. Es handelt sich außerdem um Körperverletzung mit tödlichem Ausgang, da einer der Verletzten gestorben ist. In der Görlicher Straße waren Nationalsozialisten in Angreifer.

Ein kommunistisches Geheimschreiben hatte der „Hamburger Anzeiger“ veröffentlicht, dessen Gehalt von der kommunistischen Partei bestritten worden ist. Der Streit soll nunmehr auf gerichtlichem Wege ausgetragen werden. Wie die kommunistische „Hamburger Volkszeitung“ mitteilt, hat der Abgeordnete Obuch, der nach der Veröffentlichung des Schreibens unterzeichnet haben soll, auf Befehl der kommunistischen Parteileitung gegen das Hamburger Blatt Strafantrag wegen Verleumdung gestellt.

Unglück auf einem amerikanischen Kriegsschiff

An Bord des amerikanischen Flugzeugmutter Schiffes „Caratoga“ ereignete sich in der Nähe der kalifornischen Küste auf der Startbahn längs der Küste ein Unglück. Die Zahl der Opfer beträgt zwei Tote und vier Schwerverletzte. Der Brand ist dadurch entstanden, daß ein Gefäß mit Terpentinöl in einem neben der „Caratoga“ liegenden Boot Feuer fing und die Flamme auf eine auf dem Wasser liegende Petroleumschicht übergriff, von wo aus sie die Bordwand erreichte. Die Barkasse des Kapitäns im Werte von 25 000 Dollar ist zerstört.

Flugzeugkatastrophe bei einer Kinonausnahme

Zwei Flugzeuge sind bei Santa Monica (Kalifornien) über dem Meere in einer Höhe von etwa 1000 Meter zusammengefallen und abgestürzt. Sie waren mit Kinopereatorenen besetzt, die Aufnahmen für einen Film machten, der das Ende des belanlich in Jahre 1928 über dem Kanal aus dem Flugzeug gestürzten Finanzmannes Löwenstein darstellen sollte. Der Zusammenstoß ereignete sich in dem Augenblick, als ein Fallschirmabsperrung aus einem dritten Flugzeug photographiert werden sollte. An Bord der verunglückten Flugzeuge befanden sich 10 Personen, von denen bisher drei als Leichen geborgen wurden.

Eine Epidemie unter den Kindern der deutsch-russischen Flüchtlinge im Lager Hammerstein hat sich weiter ausbreitet. Es handelt sich um eine eigenartige Fieberkrankheit, die in den meisten Fällen in wenigen Stunden zum Tode führt. Bisher sind über 40 Kinder der Seuche erlegen. In Hammerstein sind zur Zeit 3200 Personen untergebracht.

Einen furchtbaren Ausgang nahm ein Streit zwischen zwei Europäern in Reiz (Kraniofreistaat). Der eine Europäer brachte eine Riste mit 25 Kilo Dynamit unter dem Bett des anderen zur Explosion; beide Männer wurden dadurch völlig in Stücke gerissen.

Karlsruher Schulhausbau

Das neue Schulhaus des Stadtteils Veiertheim

Wenn der neue „Stil der Sachlichkeit“, womit unser Zeitgeschmack wohl auch für spätere Zeiten charakterisiert bleiben wird, irgendwo mit besonderer Berechtigung angewendet wird, so ist es bei einem Schulneubau; und wenn einem irgendwo die sogenannte Zweckform eines neuen Schulhauses, in ihrer stehhaften Echtheit überzeugend aufgeht, so ist es angesichts der unmittelbaren Nachbarschaft des aus dem Jahre 1901 stammenden Veiertheimer Schulhauses und des jetzt angebauten Neubaus. Wie ein gemüthlicher lieber Greis schaut dabei in Abgellährtheit von zwei Jahrhunderten das alte Veiertheimer Kirchlein auf das junge Brüderpaar, dessen jüngstem nachstehende Betrachtung gilt.

Die gottlob überwundene Stilperiode des ewigen Nachempfindens aller möglichen Stilarten und ein Einschlag in den sonst entschlafenen Jugendstil ließen damals den Bau des älteren Schulhauses mit Stolz entstehen; mit wieviel berechtigterem Selbstbewußtsein der heutigen Zeit darf das neue sich als jüngerer Bruder uns und der Nachwelt als Eigenschöpfung zeigen!

Die heutigen Eigenschaften einer Schule sollen sein: licht und luftig, froh und freudig, praktisch und zeitgemäß, einfach und hygienisch. All diese Eigenschaften drücken sich außen und innen auch aus und drücken dem Gebäude in angenehmer Weise den Stempel der Neuzeit auf, das sich als Schöpfung des städtischen Hochbauamts Karlsruhe unter Stadtoberbaurat Amann in drei Stadtwerten vor uns erhebt. Die neue Volksschule steht als schlanker Kubus in ansprechender ruhiger Formenprache mit ihrer Längsfront in der Flucht der Marie-Alexandra-Straße. Ein niedriger Anbau mit praktischer ausnehmbarer Dachterrasse leitet zum Altbau über, den man ob des angenehmen Eindruckes der neuen Schule erfreulicherweise fast übersehen. Der Innenraum spricht sich deutlich an den Fassaden aus, denn die Fensterteilung der Straßenfront mit ihren breiten Pfeilern läßt die Gänge erkennen, ebenso wie man vorn an der winkelig umbiegenden Ecke als Räume anderer Zweckbestimmung die Lehrzimmer vermutet, an die sich nach hinten die ersten Schulräume mit ihren klar gegliederten

Fenstergruppen anreihen. Befriedigt sieht das Auge hier nicht die ganze Fassade in jedem Stadtwert aufgerissen, sondern die Fenster sind durch Hauswandpfeiler unterbrochen, die im übrigen, abgesehen von ihren praktischen Zwecken, auch im Innern keinen störenden Schatten verbreiten, sondern als angenehme Teilung empfunden werden. Ein bescheidenes Hauptgestirn und ein leichtgelegtes Streifen bilden nach oben den erfreulichen und für unsern Klimas Erfordernisse wirksamen und erfahrungsgemäß nötigen Fassadenschuß und natürlichen Abschluß.

Wie der Bau in seinem Äußeren überzeugend zu uns spricht und gewissermaßen uns sein Programm entwickelt, so erzählen uns auch die als vornehmer, aber unaufdringlicher, künstlerischer Fassadenschmuck auf den breiten Pfeilerradchen angeordneten drei Figuren Hansjakobs, Hebel und — das Weltkind in der Mitte — Hans Thomas von der Lehre in der Schule im Sinne dieser drei echt badischen, in ihrer Abgellährtheit über allem heutigen Haber stehenden Männer der Heimatliebe und wahrer Heimatkunde. Kaum ohnt der Laie, daß diese drei Meter hohen Figuren, die mit feinen Gefühls- und Auffassungsunterschieden jede für sich entworfen und ausgeführt sind, nicht aus einer Hand stammen, so deutlich spürt man die Absicht einheitlichen Gestaltungswillens des Architekten, ohne daß sich dabei Bildhauer Schneider für seinen Hansjakob, Egler für seinen Hans Thoma und Sedinger bei seinem Hebel künstlerisch gehemmt und in Fesseln zu fühlen brauchen.

Auch im Innern huldigte der Architekt neuzeitlichen Grundsätzen. Die das ganze Haus freundlich durchflutende Lichtfülle und hygienisch anmutende Weite und Luftigkeit von Fluren, Vorplätzen und Räumen werden auch für trübe Tage durch lichte, frohe Tönungen der Anstriche, ungemischtes Rot der Türen, reines Gelb der Fensterhölzer, Weiß, Helloder oder Violettgrünlich der Wände, bei Weiß der Decken ausgehellert und stets hell und freundlich wirken.

Im Eingangsraum, wo auch die sachliche Uhr nicht fehlt, ist die Konstruktion der Deckenträger als dekoratives Moment sichtbar gelassen und die ganze Decke, mit den sachlich glatten Aluminium- und Nidelbeschlägen der Türen harmonisierend, in Silber gehalten. Vorbildlich schlicht und sanitär wirken die Aborte und der Bodenbelag sowie die Garderobenaufhängung der Gänge; das umklappbare Gestühl der Schulbänke und

Kulte ermöglicht auch in den Unterrichtsräumen eine leichte, gründliche Reinigung. Besonders hübsch und geschmackvoll angeordnet sind die in jedem Stadtwert am Flurende in die Wand eingelassenen Ausstellungenstrinzen für Handfertigkeiten von Schülern und Schülerninnen. Als weitere schmückende Elemente des Innern wurden die in Stiftnostal hergestellt, farbig gehaltenen Wandbrunnen benutzt und durch ein größeres Wandbild kam auch der Künstler Otto Eichrodt, Karlsruhe, zu Worte.

Wäge die Freude und das Lichte, das Gesunde, Freie und Neuzeitliche, was sich im Geiste dieser neuen Schulbaukunst ausspricht und uns offenbart, sich auch denjenigen mitteilen und ins Leben mitgeben werden, die hier den Grund für ihr Werden und zukünftiges Wirken gelegt bekommen!

Das geräumige Untergeschoß der Schule ist in vorbildlicher Weise als Schul- und Volkshaus eingerichtet und von der Straße aus direkt zugänglich angelegt. Otto Kinde.

Julius-Weismann-Ehrung. Zu seinem 60. Geburtstag sind dem Tonbildner Julius Weismann in Freiburg i. Br. eine große Zahl Glückwunschschriften und Telegramme vor allem aus Fachkreisen zugegangen, die ein bereites Zeugnis davon ablegen, welche große Beliebtheit sich der Komponist in der Musikwelt erfreut. Glückwünsche haben u. a. gefandt Dr. Felix Weingartner (Basel), Franz Philipp (Karlsruhe), Paul Scheinpflug, Leiter der Dresdener Harmonie, die Generalmusikdirektoren von Düsseldorf, Kiel usw., außerdem noch eine namhafte Zahl anerkannter Künstler.

Therese Malten †. Die frühere lgl. sächs. Kammerfängerin Therese Malten ist in Dresden, 74 Jahre alt, gestorben. Sie war Ehrenmitglied des sächsischen Staatstheaters.

Freiluftmuseum für Berlin. Die demokratische Fraktion beantragte im Preussischen Landtag, das Staatsministerium zu ersuchen, das Museum für deutsche Volkskunde aus den bisherigen unzureichenden und den Sammlungen schädlichen Räumen herauszunehmen und so unterzubringen, daß mit der Zeit ein Freiluftmuseum angegliedert werden kann, etwa in der Art von Stanen bei Stockholm.

Badischer Teil

Unlauteres Geschäftsgebaren

In letzter Zeit häufen sich Fälle, in denen Geschäftsleute in marktfeindlicher Weise Rabattgewährungen bis zu 50 Prozent in Zeitungen, teils in Anschlägen an ihren Geschäftslökalen ankündigen. Geschäftsleute, die Rabattsätze in solcher Höhe ankündigen, erwecken den begründeten Verdacht, daß sie entweder bisher ihre Ladenpreise allgemein in wucherischer Weise zu hoch angesetzt haben, da sie sonst ohne Verlust nicht solche Rabattsätze gewähren könnten, oder aber, daß sie es mit der Rabattgewährung nicht ehrlich meinen und sämtliche Ladenpreise so weit erhöht haben, daß nach Abzug der angekündigten Rabattsätze der Nettopreis nicht unter den Normal-Ladenpreis sinkt. Auf diese Weise werden einerseits die Käufer, in der Meinung, es handle sich hier um ein besonders günstiges Angebot, irregeführt, zu Käufen veranlaßt und so betrogen, und andererseits die realen Geschäftsleute, die solche unlauteren Methoden erfreulicherweise ablehnen, schwer geschädigt.

So konnte kürzlich einem Juwelier, der eine Rabattgewährung von 25 bis 50 Proz. angekündigt hatte, nachgewiesen werden, daß er die Ladenpreise in drei Fällen für die Zeit der Rabattgewährung so in die Höhe gesetzt hat, daß nach Abzug des in Aussicht gestellten Rabatts die Nettopreise noch über den sonst üblichen Ladenpreisen anderer einschlägiger Geschäfte lagen. Der betreffende Juwelier wurde im vereinfachten Verfahren gemäß § 212 Str. Proz. Ord. hierwegen vom Amtsgericht wegen Vergehens gegen den § 4 des Gesetzes wegen unlauteren Wettbewerbs verurteilt. Außerdem wurde ihm auf Grund des § 20 der Verordnung über die Handelsbeschränkungen vom 18. Juli 1923 jeglicher Handel mit Gold- und Silberwaren untersagt.

Um ähnliche Verführungen des lauffenden Publikums und eine Schädigung der ehrlichen und realen Geschäftsleute zu verhindern, wird künftighin die Polizeidirektion Karlsruhe durch besonders ausgebildete Gewerbeinspektoren bei Geschäften, die in so marktfeindlicher Weise Rabattgewährung in Aussicht stellen oder durch sonstige Methoden den Verdacht erwecken, daß es sich um unlautere Machenschaften handelt, eingehende Kontrollen vornehmen und unlautere Elemente teils wegen Betrugs, teils wegen Vergehens gegen § 4 des Gesetzes gegen unlauteren Wettbewerb der Staatsanwaltschaft zur Strafverfolgung zur Anzeige bringen. Ferner wird gegen solche Geschäftsleute die Unterjagung des Handels gemäß § 20 der Verordnung über die Handelsbeschränkungen vom 18. Juli 1923 und die polizeiliche Schließung der Geschäftsräume sofort in Erwägung gezogen werden.

Die Geschäftsleute werden daher eindringlich ermahnt, sich von solchen unlauteren Machenschaften frei zu halten.

Vom Südwestdeutschen Kanalverein

Die badische Landesgruppe des Südwestdeutschen Kanalvereins war in Personalunion verbunden mit dem Badischen Wasser- und Energie-Wirtschaftsverband. Am 12. Dezember fand in Mannheim eine Mitgliederversammlung der beiden Vereine statt, in der — wie das Heibel. Tagebl. berichtet — die Auflösung des badischen Wasser- und Energie-Wirtschaftsverbands auf 31. Dezember d. J. einstimmig beschlossen wurde.

Der Vorsitzende, Rechtsanwalt Uebel, betonte, daß das Land Baden und insbesondere die an der Neckarwasserstraße gelegenen Gemeinden und industriellen Unternehmungen ein erhebliches Interesse daran haben, bei der Ausgestaltung des Neckarkanals mitzuwirken und dafür Sorge zu tragen, daß der Kanal nicht im Herzen Württembergs stecken bleibt, sondern seinem endgültigen Ziele zugeführt wird.

Den Tätigkeitsbericht erstattete Syndikus Dr. Schneider. Er schloß ihm zunächst einen ausführlichen Überblick über den gegenwärtigen Stand der Wasser- und Energiewirtschaft in Baden voraus. Der Ausbau der Großwasserkräfte reite in den letzten Jahren immer mehr in den Vordergrund. Diese Entwicklung habe mit dem Ausbau des Kurzwerkes im Jahre 1918 begonnen und werde im Laufe der nächsten Jahre ihren Abschluß finden mit der Vervollendung der Oberhainwasserkraftwerke und des Schluchsewerkes.

Hinsichtlich der wasserwirtschaftlichen Fragen in Baden heißt es in dem Bericht u. a.: Die Neckarkanalisierung nimmt ihren normalen Fortgang. Im Sommer 1929 ist die Staustufe Heibelberg dem Betrieb übergeben worden. Mit dem Bau der neuen Staustufen Neckargerins und Neckarsteinach wurde bereits begonnen. An den Wasserbauten in Baden werden zur Zeit rund 5000 Arbeiter beschäftigt. Davon entfallen rund 1000 auf die Neckarkanalisierung, die übrigen auf das Schluchsewerke und auf Niederschloßstätt.

Die Verhandlungen über die Regulierung des Oberrheins von Strahburg bis Basel und von Basel bis Konstanz wurden im laufenden Jahr zum Abschluß gebracht. Danach übernimmt die Schweiz 60 Proz., Deutschland 40 Proz., zusätzlich der deutschen Unterhaltung, der auf 66 Mill. Franken, einschließlich der Bauzinsen, berechneten Kosten der Regulierung der Rheinstrecke Strahburg—Basel. Weiter erklärt sich die Schweiz einverstanden, für die Kanalisierung der Strecke Basel—Konstanz einzutreten, wenn die wirtschaftlichen Verhältnisse die Ausführung des Unternehmens möglich erscheinen lassen.

Die Verhältnisse in der Rhein- und Neckarschiffahrt haben sich im Jahre 1929 gegenüber 1928 eher verschlechtert als gebessert. Zwar hat ein Zusammenbruch des Rheinfes-Konzerns mit dem Fendel-Konzern stattgefunden, wobei der Sitz des Unternehmens nach Mannheim verlegt wurde. Die Frachten sind jedoch andauernd gedrückt, und der Umschlagsverlecher ist zurückgegangen. Auch ist eine Verständigung in der Frachtenfrage zwischen Groß- und Partikulierschiffahrt immer noch nicht zustande gekommen, obwohl sie am ehesten eine Besserung der Verhältnisse bringen könnte. Im Verhältnis der Wasserstraßen und der Schiffahrt zur Reichsbahn ist in Baden leider immer noch keine wesentliche Besserung eingetreten.

Der achte Fall von Eisenbahnrevell in der Nähe von Braunschweig wurde am Donnerstagnachmittag von Streckenbeamten an der Reichsbahnlinie Gifhorn—Braunschweig festgestellt. Die Täter hatten einen Block von 18 mit Zement verbundenen Ziegelsteinen im Gewicht von einem Zentner auf die Schienen gelegt. Ein von Benden kommender Zug hat das Hindernis etwa 20 bis 30 Meter mitgeschleift und dann gerammt, ohne daß Schaden entstand.

Aus der Landeshauptstadt

Der Neubauwettbewerb für die Evang. Diakonissenanstalt. Im Auftrage des Oberbürgermeisters Dr. Adenauer von Köln hat der Bürgermeister Körber, der Medizinalsekretär der Stadt Köln, die Ausstellung des Neubauwettbewerbs der evangelischen Diakonissenanstalt Karlsruhe für ihr neues Krankenhaus besichtigt und sich sehr anerkennend über die Entwürfe ausgesprochen. Die Ausstellung ist bis 6. Januar in dem Landesgewerbeamt Karlsruhe geöffnet. Der Besuch ist unentgeltlich für jedermann.

Terofals Schliersee Künstlerchor im Colosseum. Von der Bühne weht's „blauweiß“ herunter und Kaber Terofal feiert Triumphe in Karlsruhe. Noch immer ist der Kaber beim Zeug und genau so frisch ist er wie bei den früheren Gastspielen, die er am hiesigen Platz absolviert hat. Konrad Dreher, welcher in Karlsruhe ja auch kein Unbekannter ist, hat vor 38 Jahren diese Gesellschaft gegründet, und das Theaterdorf Schliersee hat seinen Ruf wie Oberammergau. Die jetzige Neuheit, welche die Schliersee spielen, heißt „Kuni laßt aus“ von Waldfried Burggraf. Dieser hochbegabte Schriftsteller hat „Prinzessin Durandot“ neu bearbeitet, seine Fassung wurde an allen Theatern aufgeführt und auch erst kürzlich machte Burggraf mit einer Uraufführung „Weh um Michael“ am Stadttheater in Nürnberg von sich reden. Die wahre Geschichte der 13jährigen Leni Bimshuber von Mittenwald, so heißt der Untertitel, gehört zu einer der besten schriftstellerischen Arbeiten Burggrafs, freilich müssen es die Terofals spielen, denn eine Typen wie der „Bimshuber“ oder 's General von Marie Erhardt dargestellt, wird man kaum ohne weiteres auch im größten Staatstheaterbetrieb herausfinden können. Man wolle auch die drei Musikanten in ihrer schlichten Vortragsweise beachten, die man gehört haben soll. Das ganze Ensemble hat bis heute ungeheurer Beifall geerntet, was lediglich auf die ganz blendende Schauspielkunst der Darsteller zurückzuführen ist. Kein Dilettantismus wird hier geboten, sondern beste Volkstunft.

Wetternachrichtendienst der Bad. Landeswetterwarte, Karlsruhe. Die Witterungsdepression des großen atlantischen Tiefs ist nach der Ostsee abgezogen und hat sehr an Energie verloren. Sie ist für uns bedeutungslos geworden. Ein Zwischenhoch bringt vorübergehend Beruhigung des Witterungsablaufs. Bald gelangen wir jedoch in den Bereich einer neuen Warmluftstapel der großen atlantischen Depression und werden dann erneut Niederschläge bei aufrichtenden Winden erhalten. **Wetterausblick:** Fortdauer des milden und rasch wechselnden Wetteres, Niederschläge bei zeitweise kräftig aufrichtenden Südwestwinden, nur höchste Gebirgslagen Schneefall bei leichtem Frost.

Gemeinderundschau

Antsantritt des neuen Oberbürgermeisters von Baden-Bade. Donnerstag nachmittag fand die Einführung des neuen Oberbürgermeisters von Baden-Baden statt. Die städtischen Kollegien bereiten Oberbürgermeister Efner, der lange Jahre als Bürgermeister von Baden-Baden gearbeitet hat, und der nunmehr 26 Jahre im Dienste der Stadt steht, einen herzlichen Empfang. Der große Saal des Rathauses war reich mit Blumen geschmückt.

Mit musikalischen und gefanglichen Vorträgen wurde die Feier eingeleitet. Der Obmann des Stadtverordneten Ausschusses, Justizrat Ketterer, entbot dann dem neuen Oberbürgermeister den Willkommen Gruß der Bürgerschaft und der städtischen Kollegien. In seiner Erwidrerungsrede ging Oberbürgermeister Efner auf die wirtschaftliche Lage der Stadt ein und schloß seine Antrittsrede mit dem Wunsche, daß es gelingen möge, den Dualismus zwischen Stadt und Staat in der Wäberverwaltung zu überbrücken, und daß die bevorzogene ernste Arbeit in der Kommune von Erfolg begleitet sein möge.

Musikalische Darbietungen beendeten die Einführungsveranstaltung.

Bürgermeisterwahl. Für den kürzlich verstorbenen Bürgermeister Sager wurde in Weuren (bei Überlingen) mit großer Mehrheit der bisherige Bürgermeisterstellvertreter Spiechmacher gewählt.

Kreisrat Karlsruhe. Die Wasser- und Straßenbauämter Karlsruhe und Forstheim werden ermächtigt, die Aufstellung von Begleitwegen für den Kraftwagenverkehr an den Kreisstraßen und Kreiswegen innerhalb der nächsten drei Jahre durchzuführen. Zur Ermöglichung der Einrichtung von Postkraftwagenlinien von Bretten nach Dertingen und von Bretten nach Müngstheim-Gochsheim sollen die in Frage kommenden Kreisstraßen und Kreiswege entsprechend verbessert werden. Die Gemeinden Dertingen, Gochsheim und Müngstheim erhalten zur Verbesserung von Kreisgemeindewegen, vorbehaltlich der Zustimmung der Kreisversammlung, Kreiszuschüsse zugesagt. Die Kreislandwirtschaftsschule in Graben ist in diesem Jahre von 28 Schülern, jene in Bruchsal von 40 und jene in Bretten von 36 Schülern besucht. Für die gute Haltung von Zuchtstieren kommen auf Vorschlag der Besichtigungskommissionen an 96 Oberhalter Prämien im Betrage von zusammen 4200 M zur Anwendung. Durch Vermittlung der Kreisorgane wurden im Jahre 1929 insgesamt 6286 Obstbäume an die Besitzer im Kreisgebiet abgegeben unter Verbilligung der Anschaffungskosten durch Gewährung von Kreiszuschüssen.

Kurze Nachrichten aus Baden

Hd. Mosbach, 8. Jan. Der Inhaber der hiesigen Diamantschleiferei, H. J. Jahn, hat wegen des schlechten Geschäftsganges sein Anwesen an eine Heidelberger Firma verkauft, die eine Fällschleiferei zu errichten beabsichtigt. Durch die Schließung werden eine größere Zahl Diamantschleifer betroffen.

Hd. Forstheim, 8. Jan. Wegen die Unterzeichner einer öffentlichen Erklärung über den Brand, einige Dudenfelder, hat das Bezirksamt Straßburg wegen Beamteneinbeziehung gestellt. Ferner hat die Staatsanwaltschaft gegen drei Dudenfelder Anklage wegen Verletzung eines Gendarmen, Widerstand und Gefangenenbefreiung erhoben.

Hd. Wiesloch, 2. Jan. Nach über einjähriger Bauzeit mit einer Unterbrechung von mehreren Monaten infolge des strengen Winterfrosts im letzten Jahr, ist nunmehr der Wiederaufbau des im Juni 1928 durch Feuer zerstörten Schlosses der Koblensteiner in Lairbach beendet. Das Schlossgebäude wurde durch modernen Ausbau im Inneren grundlegend geändert. Im rechten Flügel des Erdgeschosses wurden wieder die Räume der Gemeindeverwaltung eingebaut. Im linken Schloßflügel gegen Osten befindet sich die Kinderschule. — Der Endostflügel enthält einen Raum für die Feuerlöschgeräte, die Waagehalle und den Raum für die Notschlachten. Im zweiten Stock des Westflügels wurde die Wohnung für die noch zu besetzende Pfarrstelle der Gemeinde geschaffen.

Hd. Bruchsal, 2. Jan. Eine große Schwarzbrennerei wurde heute nachmittag von der Kriminalpolizei in der Soeternstraße ausgehoben. In dem untersten der drei Stock tiefen Keller, in einem sog. Senkloch der früheren Brauerei, wurde ein großes Zuderlager gefunden, das zum Schwarzbrennen diente. Bis jetzt wurden drei Verhaftungen vorgenommen.

Hd. Freiburg, 2. Jan. Ihren 90. Geburtstag feierte heute Frau Postdirektor Emma Müller Ww. Der Oberbürgermeister hat der Jubilarin ein Glückwunschkärtchen zugehen lassen.

Hd. Freiburg, 2. Jan. Der vor einem Jahre der Stadt Freiburg zum Geschenk gemachte Bar, der den Namen Teddy erhielt und der Liebling der Jugend war, ist getötet worden. Das Tier war mehrere Monate in einer Grube im Schlachthaus untergebracht. Da die derzeitige Finanzlage der Stadt Freiburg den Bau eines Zwingers nicht erlaubte, mußte man sich des Tieres entledigen. Der Bar war einigen zoologischen Gärten als Geschenk angeboten worden, aber vergeblich.

Hd. Salem, 8. Jan. In Altenbeuren ist heute Nacht 110 Uhr die große frei stehende Scheune des Landwirts Johann Jäckle völlig eingestürzt worden. Es verbrannten 600 Zentner Heu und 300 Zentner Stroh sowie zahlreiche landwirtschaftliche Maschinen. Mit knapper Not konnten 14 Stück Vieh in Sicherheit gebracht werden. Man vermutet Brandstiftung.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	3. Januar		2. Januar	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	163.88	169.22	163.73	169.07
Kopenhagen 100 Kr.	112.16	112.38	112.17	112.39
Italien . . . 100 L.	21.905	21.945	21.895	21.935
London . . . 1 Pfd.	20.415	20.455	20.412	20.452
New York . . 1 D.	4.1870	4.1950	4.183	4.191
Paris . . . 100 Fr.	16.465	16.505	16.48	16.52
Schwiz . . . 100 Fr.	81.21	81.37	81.23	81.39
Wien 100 Schilling	58.91	59.03	58.88	59.00
Brag . . . 100 Kr.	12.389	12.409	12.387	12.397

Betriebsumstellung der Vulkanwerke in Hamburg. B.V. Hamburg, 3. Jan. (Tel.) Mit dem Abschluß des Jahres 1929 hat der Deschimag-Betrieb der Hamburger Vulkanwerke aufgehört. Den Väitern zufolge hat die Vulkanwerke, die noch im Dezember 3200 Arbeiter beschäftigte, sich gezwungen gesehen, schon im Dezember größere Arbeiterentlassungen vorzunehmen. Von dem Anfang Dezember noch beschäftigten 3200 Mann schieben in kurzen Abständen 1400 Arbeiter aus dem Betriebe, die übrigen 1800 Mann sind am 31. Dezember entlassen worden.

Der Betrieb der Vulkanwerke geht vom 1. Januar an auf Rechnung der Howaldwerke weiter. Nach Erklärungen der neuen Betriebsleitung ist die Arbeiterschaft bis auf 524 Mann entlassen worden. Nach dem Vertrag, der zwischen den Howaldwerken und dem Hamburger Staat abgeschlossen wurde, liegt für den neuen Betrieb die Verpflichtung vor, 1500 Mann zu beschäftigen. Die Erfüllung dieser Vertragsverpflichtung wird von den Howaldwerken als von der wirtschaftlichen Lage abhängig bezeichnet. Ein Teil der verantwortlichen Angestellten und eine Anzahl gelernter Arbeiter haben in verwandten Betrieben wieder Anstellung gefunden.

Nach dem Ausweis der Reichsbank vom 31. Dezember v. J. hat sich der Umlauf an Reichsbanknoten um 464,6 Mill. Reichsmark auf 5043,7 Mill. Reichsmark, derjenige an Rentenbankscheinen um 14,8 Mill. Reichsmark auf 396,7 Mill. Reichsmark erhöht. Die Bestände an Gold und bedungsfähigen Devisen zusammen haben sich um 16,3 Mill. Reichsmark auf 2886,7 Mill. Reichsmark erhöht, und zwar haben die Goldbestände um 18,5 Mill. Reichsmark auf 2883,1 Mill. Reichsmark zugenommen, die Bestände an bedungsfähigen Devisen um 2,2 Mill. Reichsmark auf 403,6 Mill. Reichsmark abgenommen. Die Deckung der Noten durch Gold allein betrug 45,3 Proz. gegen 49,5 in der Vorwoche, diejenige durch Gold und bedungsfähige Devisen 53,3 Proz. gegen 53,3 Proz.

Der Privatdiskont wurde für beide Sichten um je 1/8 auf 6 1/8 Proz. ermäßigt.

Konturse und Vergleichsverfahren im Dezember. Nach Mitteilung des Statistischen Reichsamtes wurden im Dezember vorigen Jahres durch den „Reichsanzeiger“ 881 neue Konturse — ohne die wegen Wassermangels abgelehnten Anträge auf Kontureröffnung — und 459 eröffnete Vergleichsverfahren bekanntgegeben. Die entsprechenden Zahlen für den Vormonat stellen sich auf 813 bzw. 394.

Die Getreidefirma Carl Citzig in Schwiebus, eine der größten Getreidefirmen in Brandenburg, hat ihre Zahlungen einstellen müssen. Die Passiven belaufen sich auf rund 2 Millionen Reichsmark.

Staatsanzeiger

Staatsprüfung für den mittleren technischen Dienst im Hochbauwesen.

Die nächste Staatsprüfung für den mittleren technischen Dienst im Hochbauwesen beginnt

Montag, den 17. Februar 1930.

Die Gesuche um Zulassung zur Prüfung sind spätestens bis Montag, den 20. Januar 1930, mit den vorgezeichneten Belegen beim Finanzministerium einzureichen. Für den Nachweis der praktischen Ausbildung genügen allgemein gehaltenen Zeugnisse nicht. Die Art der Beschäftigung bei den einzelnen Stellen muß bismehr genau angegeben werden.

Karlsruhe, den 30. Dezember 1929.

Der Finanzminister
J. B.: Sammet.

Staatsprüfung für den mittleren technischen Dienst im Tiefbauwesen.

Die nächste Staatsprüfung für den mittleren technischen Dienst im Tiefbauwesen beginnt

Montag, den 17. Februar 1930.

Die Gesuche um Zulassung zur Prüfung sind spätestens bis Montag, den 20. Januar 1930, mit den vorgezeichneten Belegen beim Personalbüro der Reichsbahndirektion Karlsruhe, Lammstraße 19, hier, einzureichen.

Karlsruhe, den 31. Dezember 1929.

Der Finanzminister
J. B.: Sammet.

Staatsprüfung für den mittleren technischen Dienst im Maschinenwesen und in der Elektrotechnik.

Die nächste Staatsprüfung für den mittleren technischen Dienst im Maschinenwesen und in der Elektrotechnik beginnt

Montag, den 17. Februar 1930.

Die Gesuche um Zulassung zur Prüfung sind spätestens bis Montag, den 20. Januar 1930, mit den vorgezeichneten Belegen beim Personalbüro der Reichsbahndirektion Karlsruhe, Lammstraße 19, hier, einzureichen.

Karlsruhe, den 30. Dezember 1929.

Der Finanzminister
J. B.: Sammet.

Auf Grund des § 1 der Verordnung vom 26. Juli 1919 (VBl. 427) sind für das Jahr 1930 zur Veröffentlichung der Bekanntmachungen der badischen Justizbehörden auf dem Gebiete der Rechtspflege die nachstehend aufgeführten Zeitungen bestimmt worden:

I. Bekanntmachungen des Oberlandesgerichts:

Karlsruher Zeitung.

II. Bekanntmachungen der Landgerichte:

1. Konstanz: Konstanz Zeitung.
2. Waldshut: Albote.
3. Freiburg: Oberheinischer Beobachter.
4. Offenburg: Offenburg Zeitung.
5. Karlsruhe: Karlsruher Zeitung.
6. Mannheim: Neue Mannheimer Zeitung — Generalanzeiger.
7. Heidelberg: Heidelberger Neueste Nachrichten.
8. Mosbach: Mosbacher Volksblatt.

III. Bekanntmachungen der übrigen Justizbehörden in den Amtsgerichtsbezirken:

a) des Landgerichtsbezirks Konstanz:

1. Donaueschingen: Donaueschinger Tageblatt.
2. Engen: Engauer Erzähler.
3. Konstanz: Konstanz Zeitung.
4. Melsbach: Melsbacher Volksblatt.
5. Pfunddorf: Pfunddorfer Anzeiger.
6. Radolfzell: Freie Stimme.
7. Singen a. H.: Volkswille.
8. St. Gallen: St. Gallener Tageblatt.
9. Überlingen: Seebote.
10. Willingen: Willinger Volksblatt.

b) des Landgerichtsbezirks B.

1. Bonndorf: Schwarzwälder Zeitung.
2. Säckingen: Säckinger Volksblatt.
3. St. Blasien: Albote.
4. Schönau: Wiesentäler Nachrichten.
5. Schopfheim: Marktgräser Tagblatt.
6. Waldshut: Albote.

c) des Landgerichtsbezirks Freiburg:

1. Breisach: Breisacher Zeitung.
2. Emmendingen: Breisgauer Nachrichten.
3. Ettenheim: Ettenheimer Zeitung.
4. Freiburg: Oberheinischer Beobachter.
5. Kenzingen: Kenzinger Wochenblatt.
6. Lörrach: Oberbadisches Volksblatt.
7. Müllheim: Marktgräser Nachrichten.
8. Neustadt: Echo vom Hochfirt.
9. Staufen: Staufen Tagblatt.
10. Waldkirch: Waldkircher Volkszeitung.

d) des Landgerichtsbezirks Offenburg:

1. Achern: Badische Nachrichten.
2. Bühl: Acher- und Bühler-Vote.
3. Gengenbach: Schwarzwälder Post.
4. Kehl: Kehler Zeitung.
5. Lahr: Lahrer Zeitung.
6. Oberkirch: Mendelzeitung.
7. Offenburg: Offenburg Zeitung.
8. Triberg: Triberger Vote.
9. Wolfach: Ringelblätter.

e) des Landgerichtsbezirks Karlsruhe:

1. Baden: Badener Tagblatt.
2. Bretten: Bretten Zeitung.
3. Bruchsal: Bruchsaler Zeitung.
4. Durlach: Durlacher Tagblatt.
5. Ettlingen: Mittelbadischer Kurier.
6. Gernsbach: Murgtäl.
7. Karlsruhe: Karlsruher Zeitung.
8. Forzheim: Forzheimer Freie Presse.
9. Philippsburg: Bruchsaler Vote.
10. Rastatt: Rastatter Tagblatt.

f) des Landgerichtsbezirks Mannheim:

1. Mannheim: Neue Mannheimer Zeitung — Generalanzeiger.
2. Schwetzingen: Schwetzingener Zeitung.
3. Weinheim: Weinheimer Anzeiger.

g) des Landgerichtsbezirks Heidelberg:

1. Eppingen: Eppinger Zeitung.
2. Heidelberg: Heidelberger Neueste Nachrichten.
3. Sinsheim: Sinsheimer Landbote.
4. Wiesloch: Wieslocher Zeitung.

h) des Landgerichtsbezirks Mosbach:

1. Melsheim: Mauländer Vote.
2. Woyberg: Woyberger Anzeiger — Oberräuber.
3. Wuchen: Wuchener Volksblatt.
4. Eberbach: Eberbacher Zeitung.
5. Mosbach: Mosbacher Volksblatt.
6. Neckarbischofsheim: Waibstadt Zeitung.
7. Tauberbischofsheim: Tauber- und Frankentbote.
8. Wertheim: Wertheimer Zeitung.

Karlsruhe, den 28. Dezember 1929.

Der Justizminister:
Dr. Kemmle.

Bekanntmachung.

Festsetzung der durchschnittlichen Jahresarbeitsverdienste für die landw. Unfallversicherung.

Der für den Bereich der badischen landwirtschaftlichen Berufsvereinigungen gebildete Ausschuss zur Festsetzung der durchschnittlichen Jahresarbeitsverdienste land- und forstwirtschaftlicher Arbeiter hat gemäß § 933 Abs. 4 der Reichsversicherungsordnung die Jahresarbeitsverdienste wie folgt festgesetzt:

Das Gebiet des Landes Baden ist in drei Lohngebiete eingeteilt. Es gehören:

1. zum ersten Lohngebiet die Städtebezirke Baden-Baden, Durlach, Freiburg, Heidelberg, Karlsruhe, Lörrach, Mannheim, Pforzheim, Schwetzingen.

2. zum zweiten Lohngebiet die Stadt- bzw. Ortsbezirke:

- a) Badenweiler, Bad Rheinfelden, Bruchsal, Donaueschingen, Ettlingen, Gaggenau, Kehl, Konstanz, Lahr, Meersburg, Müllheim, Niederweiler (Amt Müllheim), Oberweiler, Offenburg, Rastatt, Radolfzell, Rappana, Säckingen, St. Blasien, St. Georgen, Singen a. H., Triberg, Überlingen, Willingen, Waldshut, Weinheim;

- b) sämtliche Landgemeinden der Versicherungsbezirke Heidelberg, Karlsruhe, Lörrach, Mannheim, Pforzheim;

- c) sämtliche Gemeinden des Versicherungsbezirks Schopfheim, mit Ausnahme der zum Amtsgerichtsbezirk Schönau und St. Blasien gehörenden Gemeinden.

3. zum dritten Lohngebiet alle übrigen Bezirke bzw. Gemeinden. Als durchschnittliche Jahresarbeitsverdienste gelten:

A. Für Arbeiter, Gehilfen, Gesellen und Lehrlinge	I. Lohngebiet				II. Lohngebiet				III. Lohngebiet			
	über 21 Jahre	von 16-21 Jahren	von 14-16 Jahren	unter 14 Jahre	über 21 Jahre	von 16-21 Jahren	von 14-16 Jahren	unter 14 Jahre	über 21 Jahre	von 16-21 Jahren	von 14-16 Jahren	unter 14 Jahre
I. In der Landwirtschaft Beschäftigte:												
a) Obermüller, Schäfer und Schweinezüchter, Freimüller, Maschinenführer und Motorspflugführer männlich	1242	993	—	—	1074	868	—	—	972	777	—	—
weiblich	828	660	—	—	716	572	—	—	648	518	—	—
b) sonstige landwirtschaftliche Arbeiter männlich	1080	864	648	270	939	750	561	234	840	672	504	210
weiblich	720	576	432	180	626	500	372	156	560	448	336	140
II. In der Forstwirtschaft Beschäftigte Arbeiter:												
a) Forstwirtschaftliche Arbeiter mit mindestens 150 Arbeitstagen männlich	1320	1056	792	—	1260	1008	756	—	1200	960	720	—
weiblich	880	702	528	—	840	672	504	—	800	640	480	—
b) sonstige forstwirtschaftliche Arbeiter männlich	1080	864	648	270	939	750	561	234	840	672	504	210
weiblich	720	576	432	180	626	500	372	156	560	448	336	140
III. Gewerbliche Arbeiter in landwirtschaftl. Betrieben u. Nebenerwerb, die bei der landw. Berufsgenossenschaft versichert sind:												
Gelernte Handwerker und gelernte Gärtner männlich	1500	1200	900	—	1275	1020	765	—	1125	900	675	—
weiblich	1000	800	600	—	850	680	510	—	750	600	450	—
B. Für Versicherer, die nicht als Lohnarbeiter bei der Berufsgenossenschaft versichert sind:												
a) Betriebsunternehmer	1080	864	—	—	939	750	—	—	840	672	—	—
b) Ehefrauen der Betriebsunternehmer	720	576	—	—	626	500	—	—	560	448	—	—

Diese Festsetzung wurde gemäß § 933 Abs. 4 Abs. 4 der Reichsversicherungsordnung vom Oberverwaltungsamt Karlsruhe genehmigt. Sie tritt am 1. Januar 1930 in Kraft. Mit dem gleichen Tage tritt die bisherige Festsetzung (Bad. Staatsanzeiger Nr. 70 vom 24. März 1926) außer Kraft.

Karlsruhe, den 27. Dezember 1929. Bad. Oberverwaltungsamt

Die Festsetzung der Ortslöhne nach der RVO.

Auf Grund der §§ 149 ff. RVO. wird der ortsübliche Tagesentgelt gewöhnlicher Tagelöhner (Ortslohn) mit Wirkung vom 1. Januar 1930 festgesetzt wie folgt:

Ort	Im Bezirk der Versicherungsämter oder Gemeinden	für männliche Personen			für weibliche Personen		
		über 21 J.	von 16-21 J.	unter 16 J.	über 21 J.	von 16-21 J.	unter 16 J.
1.	Bretten, Bühl	3,80	3,40	2,—	2,70	2,30	1,50
2.	Bruchsal, Ettlingen, Rastatt — mit Ausnahme der Stadt Baden + Baden —, Landgemeinden Karlsruhe	4,40	3,60	2,40	2,90	2,50	1,70
3.	Pforzheim	4,80	4,10	2,80	3,40	2,90	1,90
4.	Städtegemeinden Baden + Baden, Karlsruhe und Durlach	5,20	4,30	2,90	3,60	3,—	2,—

Karlsruhe, den 31. Dezember 1929.
Bad. Oberverwaltungsamt.

Personeller Teil
Ernennungen, Versetzungen, Zurruhesetzungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums der Justiz — Mannmächtig angesetzt:

Gerichtsvollzieher Wilhelm Hüner beim Amtsgericht Mannheim.

Ernannt: Kanzleiaffistent Ludwig Weid beim Notariat Gernsbach zum Justizassistenten; die Kanzleigehilfen Wilhelm Kirchgerner beim Landgericht Mannheim und Ludwig Schindler beim Amtsgericht Freiburg zu Kanzleiaffistenten.

Berufen: Gerichtsverwalter Gustav Lippold beim Amtsgericht Emmendingen zum Amtsgericht Willingen; die Justizassistenten Friedrich Wozel beim Amtsgericht Achern zum Amtsgericht Rastatt und Heinrich Nuppert bei der Direktion des Erziehungsheim Schloss Flehingen zum Amtsgericht Mannheim, Justizobersekretär Martin Köfer beim Amtsgericht Rastatt zum Amtsgericht Achern, Kanzleiaffistentin Alma Klinge beim Notariat Karlsruhe zum Amtsgericht daselbst.

Übertritt in den Ruhestand kraft Gesetzes: Landgerichtsdirektor Adolf Baumgartner in Mannheim auf 1. März 1930.

Öffentliche Sparkasse Reilingen

Bilanz auf 31. Dezember 1928

Vermögen:		Schulden:	
1. Kassenbestand	1134,85	1. Spareinlagen	86 067,85
2. Bank- und Postsparkguthaben	1550,09	2. Giroeinlagen	990,90
3. Darlehen geg. Hypotheken	79 165,—	3. Anlehenskapitalien	87 690,60
4. Darlehen gegen Schuldchein	72 834,—	4. Rücklagen	5 711,90
5. Einnahmerückstände	3842,78	5. Reingewinn pro 1928	2 447,20
6. Gerätschaften	16,—	6. Ausgabeverbindlichkeiten	13,56
Aufwertung:		Aufwertung:	
7. Aufwertungskapitalien	19 489,97	7. Spareinlagen	35 608,93
8. Aufwertungsfehlbetrag	10 498,05		
	188 530,74		188 530,74

Berechnung der Rücklage.

Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:
8% aus 87 058,26 = 6 964,64 RM
Sie beträgt auf Schluss des Jahres 1928 . . . 8 159,10 RM
Verfügbare Überschuss . . . 1 194,46 RM

Reilingen, den 30. Dezember 1929.

Der Vorsitzende des Verwaltungsrats:
Eichhorn.

Der Geschäftsführer:
Klotz.

Ruhholzersteigerung

des Badischen Forstamts

Nenzen: Donnerstag,

den 16. Januar 1930,

vorm. 9 Uhr, im Gasthaus

zum "Bären" in Nenzen,

aus Staatswald Rührig:

120fm Eichen, 115fm Eichen,

13 fm Erlen, 4 fm Hain-

buchen, 7 fm Birken, 2 fm

Kazien, 2 fm Ahorn, 1 fm

Almen, 26 eichene Wagner-

stangen, 14 Eichen-,

2 Eichen-Ruhstahlholz

(1 m lang) u. 18 Eichen-

und 24 Eichen-Ruh-

rollen (2 m lang), Maßlisten

durch das Forstamt. R. 984

COLOSSEUM

Täglich 8 Uhr,

Sonntags 7/4 Uhr u. 8 Uhr

Der Komiker

Xaver Terofal

in

Kuni laßt aus

3 Akte voll Komik

und Satire.

Badisches Landestheater

Samstag, 4. Januar 1930

Nachmittags:

Christinchen Märchen-

buch

Weihnachtsmärchen

von v. d. Trenck

Dirigent: Stern

Regie: v. d. Trenck

Mitwirkende:

Ermarich, Frauendorfer,

Geier, Quaiser, Guse, De-

eisen, Janl, Kurr, Mangel,

Seiling, Gemmede,

Graf, Herz, Söder, Just,

Ruhne, Müller, Prüter,

Schulze, v. d. Trenck, Geier,

H. Kienker, Ruther,

Meier, Seibert.

Anfang 15 Ende 17 1/2

I. Rang und I. Sperrstuh

3 RM.

Abends:

* E. 11. Th.-Gem. 701—750

und 1001—1050

Zum erstenmal

Die andere Seite

Drama von Scherriff

Deutsch von Reiffger

Regie: Baumdach

Mitwirkende:

Dahlen, Gemmede, Graf,

Hierl, Just, Kloebe, Müller,

Prüter, Schulze, v. d. Trenck,

H. Kienker, Ruther.

Anfang 20 Ende 22 1/2

Breite A (0,70—5 RM)

So. 5. Jan.: Nachmittags:

Christinchen Märchen-

buch. Abends: Figaros

Schachzeit. Im Konzert:

Grand Hôtel. No. 6. Jan.:

4. Stufentonzert.